

finanziellen Konsequenzen der vorgesehenen Beschlüsse dauernd zu befassen haben. Auf diözesaner Ebene wird die Aufgabe der Durchführung vor allem den *Seelsorge-räten* zufallen. In den Diözesen Basel, Chur und St. Gallen wird unmittelbar nach Ende der Synode, anfangs 1976 eine neue Amtsdauer dieser Räte beginnen. Auf schweizerischer Ebene sind bereits Vorüberlegungen über die

Schaffung eines *Pastoralrates* gemacht worden. Weil aber die Schweizer stark von föderalistischem Denken geprägt sind und weil die Zusammenarbeit über die Sprachgebiete hinweg große Anforderungen stellt, haben diese Vorschläge nicht nur Zustimmung erhalten. Eine Stellungnahme der Synoden wird im Laufe des Jahres 1975 erfolgen.

Länderbericht

Befreiung auf Befehl

Peru unter der Militärregierung Velasco

Die „Revolution von oben“ der peruanischen Militärregierung unter General Velasco, die, wie die bürgerkriegsähnlichen Vorgänge der jüngsten Zeit zeigen, inzwischen stark gefährdet erscheint, ist zweifellos eines der gegenwärtig noch interessantesten nationalen politischen Experimente im lateinamerikanischen Subkontinent. Über die Ziele der Regierung und die innenpolitische Entwicklung im Lande berichtet Hildegard Lünig, Redakteurin beim Süddeutschen Rundfunk (Abteilung Kirche und Gesellschaft), früher Pressereferentin von Adveniat. Frau Lünig hat das Land in den letzten Jahren mehrmals bereist, zuletzt im November 1974.

In der ersten Februarwoche dieses Jahres lieferte Peru der Weltöffentlichkeit Schlagzeilen. Drei Tage lang bewegte sich der Andenstaat am Rande eines Bürgerkrieges. Es gab schwere Unruhen in den Industriezonen Arequipa und Trujillo, vor allem aber in der Hauptstadt Lima. Im Großraum Lima, wo fast ein Viertel der 14,5 Millionen Peruaner angesiedelt sind, hatte ein geringfügiger Anlaß „Manifestationen der Volkswut“ entfacht, „wie sie den seit sechs Jahren regierenden Revolutionsgenerälen noch nie begegnet waren“ (NZZ, 8./9. 2. 75). Der Anlaß waren zwei meuternde Einheiten der Bereitschaftspolizei. Die „Guardia Civil“ hatte 2000 Soles (etwa 120 DM) monatliche Lohnerhöhung gefordert, nur 400 Soles waren ihr zugestanden worden. Das sind etwa sechs Prozent, gewiß kein angemessener Ausgleich bei einer Inflationsrate 1974 in Peru von 17,5 Prozent (Bericht des Peruanischen Wirtschaftsministeriums nach Inter Press Service 6. 1. 75). Trotzdem überstiegen die polizeilichen Lohnforderungen die bisher gekannten Maße. Den privilegierten Bergarbei-

tern der verstaatlichten Kupferminen — privilegiert, weil sie in einem volkswirtschaftlich bedeutsamen Wirtschaftssektor arbeiten — waren kurz zuvor monatliche Lohnerhöhungen von 1500 Soles zugestanden worden.

Die Militärregierung weigerte sich, den Polizeiforderungen nachzukommen. Zwei Polizeieinheiten traten daraufhin in Streik und besetzten in Lima eine Polizeikaserne. Die Regierung machte überraschend kurzen Prozeß. Panzer stürmten die Bastion der Streikenden. Demonstrierende Studenten solidarisierten sich mit ihnen. Der Konflikt eskalierte. Die regierungsamtliche Bilanz lautete: Brandstiftungen und Plünderungen mit Verlusten von etwa 27 Millionen Dollar, mit 86 Toten, 161 Verletzten, 520 verhafteten Polizisten — beschuldigt der Subversion — und mehr als 1000 verhafteten Zivilisten — beschuldigt des Raubes und der Plünderung (Noticias Aliadas, 13. 2. 75). Perus Staatschef General *Juan Velasco Alvarado* erklärte in einer Rundfunk- und Fernsehansprache, „daß der rechtsgerichtete Aufstand Teil eines subversiven Planes war, der zum Ziel hatte, die Regierung der Streitkräfte zu stürzen“. Verantwortlich dafür machte er „die alten privilegierten Gruppen innerhalb und außerhalb Perus, denen durch die Revolution die Kontrolle über das Land entrissen wurde“ (Deutsche Welle — Monitor-Dienst, 20. 2. 75). Handfeste Beweise dafür wurden nicht vorgelegt. Sicher ist aber, daß es Drahtzieher gab, die den Polizistenstreik auszunutzen verstanden, die — meist jugendliche — Proletarietrupps aus den Elendsvierteln zu Plünderungen in die ordnungshüterfreie Innenstadt dirigierten und die Sabotageakte lenkten. Die Objekte der Anschläge am 5. Februar, also am ersten Polizistenstreik-

tag, lassen zumindest den Schluß zu, daß es heute in Peru eine organisierte, militante Opposition gegen die Militärregierung gibt. In Brand gesteckt wurden u. a. der Offiziersclub von Lima, Redaktionen und Druckereien von im Vorjahr enteigneten, regierungsfreundlichen Zeitungen und die neuerbaute Betonburg „Centro Cívico“, in der die Direktion von SINAMOS residiert.

SINAMOS – ein mißlungener Versuch

SINAMOS (Sistema Nacional de Apoyo a la Movilización Social — Nationales System zur Unterstützung der sozialen Mobilisierung) kommt im Revolutionskonzept der peruanischen Regierung eine Schlüsselstellung zu. SINAMOS wurde im Juli 1971 geschaffen, nachdem die Regierung der „Revolution von oben“ sich und dem peruanischen Volk nach zweijähriger Herrschaft eingestehen mußte: „Es war der Revolution in dieser ersten Etappe nicht möglich, eine organisierte und massive Rückendeckung von seiten der Volksmassen zu gewinnen. Es ist nun unerläßlich geworden, Organisationsformen und Einrichtungen zu schaffen, die eine ständige und konstruktive Mitarbeit aller an der Verwirklichung der Revolution ermöglichen“ (General Velasco am 2. Jahrestag der Revolution, 3. 10. 1970, zitiert nach DESCO, Peru 1968—1973, *Cronología política*). Eine solche zentrale Einrichtung wurde SINAMOS. Gut bestückt mit gutbezahlten und qualifizierten Fachleuten, mit einem General an der Spitze (derzeit *Rudecindo Zavaleta Rivera*) im Ministerrang mit Sitz im Ministerrat, sollte SINAMOS „die Grundlagen einer echten Demokratie im Land schaffen“, in der „die politische Macht wirklich vom Volk ausgeht“, ohne den „Zwischenhandel der herkömmlichen korrupten Hofparteien, die vorgeben, im Namen des Volkes zu handeln, aber nur dazu dienen, die Macht der würdelosen Oligarchie zu verewigen“ (General Velasco am 24. Juni 1971, nach einem Dokument der Oficina Nacional de Información). An deren Stelle trat im Regierungsplan nun SINAMOS. Diese Superbehörde, auf nationaler und regionaler Ebene organisiert, bekam den Auftrag, Interessenvertretungen und Selbstorganisationen des Volkes zu unterstützen bzw. zu schaffen: Gewerkschaften und Genossenschaften, Arbeiter- und Bauernverbände, Zusammenschlüsse von gesellschaftlichen Randgruppen im nationalen Leben, wie Obdachlose und Frauen, Mitbestimmungsorgane im Bildungsbereich und dergleichen mehr. Die Regierung schuf sich mit SINAMOS ein Instrument, mit dessen Hilfe nach ihrer Vorstellung „wirkliche Demokratie“ eingeübt werden soll. In ihren überschaubaren Lebensvollzügen des Wohnens, Lernens, Arbeitens, sollte so die bislang stumme, entrechtete, mißbrauchte und unterdrückte Mehrheit des Volkes „Volksherrschaft“ erlernen.

Dieser Versuch, der „Revolution von oben“ unten im Volk eine Massenbasis zu schaffen, ist offenkundig mißlungen.

SINAMOS hat sich zu einem bürokratischen Apparat entwickelt, dessen gut bezahlte Funktionäre fern der Lebenswirklichkeit der Arbeiter und Bauern leben, denken und planen. Das Volk erlebt seine bestellten Entwicklungshelfer eher als Besatzer, Kontrollorgane, die eigene Initiativen, wo immer sie wach waren oder werden, behindern, wenn nicht gar unterdrücken. Passiver Widerstand war die eine Folge. Die Mehrheit der Peruaner entzieht sich offenbar solcher staatlichen Vormundschaft durch Nichtmitmachen. Aktiven Widerstand leistet neuerdings eine organisierte Minderheit. Rund 50 politisch motivierte Terroranschläge verzeichnete die Polizeistatistik für 1974 in Lima, dazu kommen einige Anschläge auf SINAMOS-Büros der Provinzen. Über die Tätergruppen gibt es bislang nur Vermutungen. Man sucht sie in *linksextremen Splittergruppen*, die bei Studenten, Lehrern, Intellektuellen einen gewissen Anklang finden, denen man aber bisher nichts nachweisen konnte, was über verbale Kraftakte hinausgeht. Man vermutet auch eine unruhestiftende Zusammenarbeit zwischen der *zurückgedrängten Oligarchie* und dem nordamerikanischen Geheimdienst und verweist dafür auf die chilenische Erfahrung, die wie ein Alptraum auf den Führern der peruanischen Revolution lastet. Selbst in den gelichteten Reihen der Anhänger des alten Volkstribunen Haya de la Torres wird nach Widerstandsnestern gefahndet. Die von ihm 1930 gegründete und bis heute geleitete APRA (Partido Aprista Peruano), ursprünglich eine Linkspartei, die im Laufe ihres Kampfes um die Macht mehr nach rechts abrückte und zunehmend mit der alten Oberschicht paktierte, hat noch eine gewisse Basis im Mittelstand und Einfluß auf einen der großen Gewerkschaftszusammenschlüsse, die *Confederación de Trabajadores del Perú* (CTP). Eine ernstzunehmende politische Opposition bietet die APRA aber nicht. Sie hat inhaltlich der Militärregierung so wenig entgegenzusetzen wie die *Acción Popular* (AP), die populistisch-reformistische Partei des 1968 gestürzten Regierungschefs *Belaúnde Terry*. APRA und AP hatten Strukturreformen in ihrem Programm, die dann von der Revolutionsregierung tatsächlich in Gang gesetzt worden sind. Darum wohl sind die gemeinsamen Bemühungen von APRA- und AP-Führern, ohne echte Alternativprogramme eine zivile Front aufzubauen, über Ansätze nicht hinausgekommen.

Das Scheitern der traditionellen parlamentarischen Demokratie war schließlich vor sechs Jahren der Anlaß der militärischen Machtübernahme. Die Generale wollten verwirklichen, was die Massenparteien nur gepredigt hatten: eine „neue“, natürlich gerechtere humanere Gesellschaft. Sie hatten dazu ein pragmatisches Konzept. Zuerst sollten die dringendsten Strukturreformen durchgesetzt werden. Danach erst konnte die notleidende Bevölkerungsmehrheit auf Verbesserung individueller Lebensbedingungen hoffen. Jetzt zeigt sich, daß eine solche Prioritätenpolitik nicht über lange Jahre durchgehalten werden kann. In der Ungeduld der Bevölkerung, die nach sechs Jahren Reformen

und Umwälzungen keine merkliche materielle Verbesserung erfahren hat, sammelt sich der gefährlichste Sprengstoff gegen die peruanische Militärregierung. Die Frage ist, ob und wie das hätte verhindert werden können, angesichts der Bedingungen, unter denen die Regierung von General Velasco damals im Oktober 1968 begann. Sie übernahm einen nahezu bankrotten Staatshaushalt mit über einer Milliarde Dollar Auslandsschulden (DW-Dokumentation 217/71). Sie fand Wirtschaftsstrukturen vor, in denen sich 85 Prozent der Peruaner mit ganzen drei Prozent Anteil am Nationaleinkommen begnügen mußten und in denen überdies die wichtigsten Einkommensquellen des Landes in den Händen ausländischer Gesellschaften waren. Allein nordamerikanische Konzerne hatten zwischen 1950 und 1965 das Vierfache ihrer Kapitalinvestitionen an Zinsen und Dividenden aus Peru wieder herausgeschafft (Carlos Mulpica, „El mito de la ayuda exterior“, Lima 1967).

Der Plan Inka

Dementsprechend waren die vorrangigen Ziele der Militärregierung. Sie wurden im sogenannten „Plan Inka“ formuliert, der aus unerfindlichen Gründen fast sechs Jahre lang Militärgeheimnis blieb. Erst am 28. Juli 1974, dem peruanischen Nationalfeiertag, wurde der volle Wortlaut veröffentlicht. Die Präambel besagt: „Die Revolution der Streitkräfte wird einen Prozeß der grundlegenden Veränderungen, der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen, durchführen mit dem Ziel, eine neue Gesellschaft zu errichten, in der alle Peruaner in Freiheit und Gerechtigkeit leben. Die Revolution wird nationalistisch, unabhängig und humanistisch sein und sich allein an der peruanischen Realität orientieren“ (El Plan Inca, Oficina Nacional de Información). Teile des daraus folgenden Aktionsprogramms sind inzwischen verwirklicht. Dafür nun einige Beispiele.

Das Stichwort „nationalistisch“: Alle großen Auslandskonzerne wurden enteignet, so die nordamerikanischen Gesellschaften IPC (Erdöl), Southern Peru und Cerro de Pasco (Kupfer). Daraufhin versiegten zunächst wirtschaftswichtige Finanzquellen, die Weltbank hielt bereits zugesagte Kredite zurück, die Investitionsfreude ausländischer Unternehmer sank bedenklich. Nach der Entdeckung äußerst ergiebiger Erdöl- und Kupfervorkommen, für deren Erschließung Auslandskapital unerlässlich war, zeigte die Revolutionsregierung gegenüber ausländischen Anlegern mehr Entgegenkommen. Peru wurde, auch aufgrund seiner politischen Stabilität, für Auslandskapital, besonders aus den USA, Japan und der Bundesrepublik, wieder interessant. Investitionskapital kann mit normaler Verzinsung in sein Herkunftsland zurückkehren. Gewinne, die in Peru reinvestiert werden, sind je nach entwicklungsstrategischer Bedeutung des Sektors, bis zu 80 Prozent steuerfrei. Es wurden lediglich den überhöhten Profiten

und der unkontrollierten Devisenausfuhr ein Riegel vorgeschoben. Damit sind die *Voraussetzungen einer eigenständigen Wirtschaftsplanung* geschaffen, in einem Land, das wirtschaftlich zuvor unter fast kolonialen Zuständen litt (Deutsche Welle-Dokumentation 47/72).

In der Hand des Staates befinden sich heute die wichtigsten Ertragsquellen Perus — Bergbau, Erdöl, Fischerei — und die grundlegenden Industrien: die Eisen- und Stahlhütten, die chemischen Fabriken, die Papier- und Düngemittelwerke.

Das Stichwort „unabhängig“ (im politisch-ideologischen Sinne): „Die Revolution der Streitkräfte ist an keine der bestehenden politischen Ideologien, politischen Parteien oder Machtgruppen gebunden“ (Plan Inca, Grundsätze). Das Bemühen um solche Unabhängigkeit ist in den sechs Jahren Revolutionsregierung unbestreitbar. Ob das letztlich gelingt, wird allerdings immer fraglicher. Perus Generale verfolgen einen gewiß beispiellosen, eigenen Weg der „Revolution“, nach einem Modell, das angesiedelt ist zwischen *Kapitalismus und Kommunismus*, doch „weder antikapitalistisch noch antikommunistisch“ sein will, wie Staatschef Velasco nicht müde wird, in jeder Rede und auf jeder Pressekonferenz zu wiederholen. In einigen der eingeleiteten Strukturereformen hat das undefinierte Etwas inzwischen Profil gewonnen. So zum Beispiel in der Betriebsverfassungsreform. Industriebetriebe mit mindestens sechs Arbeitern und einer Million Soles (derzeit etwa 60 000 DM) Jahresumsatz sind in sogenannte „Comunidades Industriales“ umgewandelt worden (Ley General de Industrias, Decreto Ley 18384, September 1970). Stufenweise werden in diesen privatkapitalistischen Industriegemeinschaften Arbeitnehmermitbestimmung, Gewinnbeteiligung, Miteigentum am Produktionskapital und Arbeitermitwirkung in der Unternehmensleitung verwirklicht. Heute schon sind 10 Prozent des un versteuerten Reingewinns an die Arbeitnehmer auszuschütten, und 15 Prozent des versteuerten Reingewinns bekommt die Betriebsgemeinschaft der Arbeitnehmer, um dafür Aktien oder Unternehmensanteile zu erwerben, bis die 51prozentige Arbeiterbeteiligung am Produktionskapital erreicht ist.

Aber fast alle Beteiligten melden *Widerspruch* an. Der Nationale Unternehmerverband (Sociedad Nacional de Industrias) sah darin einen Angriff auf das Privateigentum an Produktionsmitteln, die unternehmerische Initiative und insgesamt das wirtschaftliche Wachstum gefährdet. Unzufrieden zeigten sich aber auch die Gewerkschaften mit der Industriereform. Sie dürfen in die leitenden Gremien der Industriegemeinschaften keine Delegierten entsenden. Damit — so fürchten sie — würden die Arbeiter nur von politisch unerfahrenen und ungeschulten Leuten vertreten, mit denen die Vertreter des Managements und des Kapitals leichtes Spiel haben. Die mit rund einer halben Million Organisierten mitgliederstärkste kommunistische Gewerkschaft CTP (Confederación de Traba-

jadros del Perú), ursprünglich eingeschworen auf ein Klassenkampfkonzept, das in dieser Industriereform des erstrebten Einvernehmens von Arbeit und Kapital keinen Platz mehr hatte, gab ihren Widerstand zugunsten ihrer offiziellen Anerkennung im Jahr 1971 auf. Trotz solchen Wohlverhaltens schuf sich die Regierung im Jahr darauf über SINAMOS eine eigene Gewerkschaft, die CTRP (Central de Trabajadores de la Revolución Peruana). Ihren Mitgliedern ist die Zugehörigkeit zu jedweder politischen Partei verboten. Ganz im Dienst der Militärregierung und entsprechend gefördert ist die CTRP inzwischen die an Mitgliedern zweitstärkste Arbeiterorganisation im Land. So wichtige Einzelgewerkschaften, wie die der Fischer — Peru ist der größte Fischproduzent der Welt, der Fischfang in den letzten beiden Jahren der Wirtschaftssektor mit der stärksten Aufwärtsentwicklung — haben sich von dem kommunistischen Gewerkschaftsverband getrennt und der regierungstreuen Gewerkschaftszentrale angeschlossen.

Presse- und Bildungsreform

Das ist aber nur ein Beispiel für die Taktik der Generale. Der Versuch, ihre Revolution von oben „unabhängig“ zu halten, heißt immer auch: weitgehendes Ausschalten der herkömmlichen politischen Einflüsse im Volk. Schläge wurden dabei bisher ziemlich gleichmäßig verteilt. So büßte der Widerstand von rechts unter anderem mit dem Verlust seiner Massenmedien. Die auflagenstärksten Zeitungen, im Besitz der alten Führungsschichten und ihre Interessen verteidigend, wurden im Juli 1974 enteignet. Die Presse sollte nicht mehr „Sprachrohr von Minderheiten“ sein, sondern „in Freiheit und Unabhängigkeit die Hoffnungen, Bedürfnisse, Meinungen und Kritiken der Mehrheit des Volkes wiedergeben“ (Nuevo Estatuto de Prensa, Decreto Ley 20680, 1974). Im Besitz der auflagenstärksten Tageszeitungen sind jetzt Organisationen der „neuen Gesellschaft“, Bauernverbände, Arbeitergewerkschaften, Organisationen der Kulturschaffenden, der Erzieher, der Angestellten des öffentlichen Dienstes. Seither hat sich die Berichterstattung grundlegend gewandelt. War die Presse zuvor weitgehend gefüllt mit wahrhaft volksverdummenden Gesellschaftsnachrichten — endlosen Seiten Klatsch über 21. Geburtstagsfeiern höherer Töchter, Parties, Verlobungen, Hochzeiten in der Oberschicht —, so stehen heute dort im Mittelpunkt Berichte über Leben, Arbeit und Vergnügungen der einfachen Leute. Vorwürfe, in Peru sei der Pressefreiheit der Garaus gemacht worden, finden bei unvoreingenommener Lektüre der „reformierten Zeitungen“ keine Bestätigung. Selten zuvor hat Perus Presse so viele Skandale aufgedeckt, soviel Machtmißbrauch und Korruption, auch und gerade in der öffentlichen Verwaltung, dargestellt und angeprangert. Allerdings ist Kritik nur soweit erlaubt, wie sie den Generalen für ihre Revolution nützlich erscheint. Publi-

zierte Fragezeichen hinter Regierungsvorhaben von „nationalem Interesse“, wie sie zuletzt im November 1974 die Zeitschrift „Oiga“ wagte mit der Veröffentlichung einer kritischen Analyse des Peru-Japan-Vertrages über den Bau einer Erdölleitung, können die Konzession kosten. Oiga wurde eingestellt, der Chefredakteur ausgewiesen.

Das Stichwort „humanistisch“: Nach dem „Plan Inka“ ist darunter zu verstehen, daß jeder Peruaner die Chance haben soll, seine Persönlichkeit innerhalb einer solidarischen Gemeinschaft Freier und Gleicher voll zu entfalten. Ein hoher Anspruch, dessen Voraussetzungen besonders die in Gang gesetzte Bildungsreform schaffen soll (Reforma de la educación peruana, Informe general, Texto completo, edición 1974).

Sie ist der Zielvorstellung nach der erste überhaupt bekannte Versuch, Ideen und Methoden des lateinamerikanischen Volkspädagogen *Paulo Freire* in ein nationales Bildungsprogramm zu fassen. (Deutsche Ausgabe: Paulo Freire, „Pädagogik der Unterdrückten“, Kreuz-Verlag, 1971.) Dieses Reformvorhaben hat weit über Perus Grenzen hinaus Beachtung gefunden. Die FDP-Bildungspolitikerin *Hildegard Hamm-Brücher* sah zum Beispiel darin sogar „ein Traumziel der fortschrittlichen Bildungspolitiker in der Bundesrepublik... Im Fall des peruanischen Erziehungsgesetzes müssen wir uns als Nehmende verstehen, denn wie immer auch die Realität aussehen mag, das Gesetz steht für sich, und es dürfte unter allen Erziehungsgesetzen der Gegenwart eines der interessantesten, vollständigsten und verheißungsvollsten sein“ (Vorwort zur deutschen Ausgabe: Erziehung auf peruanisch, Peter-Hammer-Verlag, 1974). Bildung, Erziehen und Erzogenwerden, wird hierin als ein lebenslanger Vorgang begriffen, in dem alle Beteiligten immer zugleich Gebende und Nehmende sind. Entstehen soll eine erzieherische Volksgemeinschaft.

Auf dem Weg „von der Schulerziehung“ zur „erzieherischen Gemeinschaft“ wird zunächst einmal das herkömmliche Schulsystem gründlich umgestaltet. Dafür wurden neue Träger gebildet, die Verantwortung für die Schulen sogenannten Núcleos Educativos Comunes übergeben, Erziehungszentren. Sie setzen sich zusammen aus gewählten Vertretern der Lehrer, der Eltern, aller örtlichen Verbände, sozialen und kulturellen Organisationen wie auch der örtlichen Wirtschaftseinheiten. Aufgabe dieser Núcleos ist es, die für das ganze Land gültigen Erziehungsziele methodisch, didaktisch und organisatorisch den Vorgegebenheiten und Bedürfnissen der Bevölkerung der jeweiligen Zone anzupassen. Das tritt an die Stelle eines zentral gesteuerten, nach europäischen Mustern gebauten, auf einseitig intellektuelle Leistung ausgerichteten Schulsystems. Die Erziehungsziele selbst sind Ausdruck des Bedarfs an menschlichen und fachlichen Qualitäten, die nötig sind, wenn die erstrebten Revolutionsziele erreicht werden sollen: Erziehung zur Arbeit, verstanden als Selbstverwirklichung des Menschen und sozial-schöpferi-

sche Tätigkeit, unerläßlicher Entwicklungsbeitrag für den Fortschritt der Gesellschaft. Aufgehoben werden soll dabei die Trennung zwischen allgemeiner und berufsfachlicher Bildung. Beispielsweise ist künftig auch der Zugang zur Universität nur noch über ein „Berufsabitur“ offen. Erziehung zu einem kritischen Bewußtsein, dem Verständnis der eigenen und sozialen Lebenswirklichkeit und der Bereitschaft zur Mitwirkung an der strukturellen Umformung der Gesellschaft. Erziehung zur Selbstbestimmung, zur Erkenntnis und Behauptung der eigenen Werte der peruanischen Nation (unter denen die religiösen ausdrücklich hervorgehoben werden) und der lateinamerikanischen Völkergemeinschaft, „zur Verteidigung der Unabhängigkeit und Fähigkeit zur Mitarbeit an der vollen und umfassenden Befreiung“. — Dem allem entspricht die Organisation der verschiedenen Bildungsebenen mit ihren schulischen und außerschulischen Komponenten, die hier nur angedeutet werden konnten.

Widerstand der Lehrer und der Kirche

In der Praxis ist die peruanische Bildungsreform über *organisatorische Ansätze* allerdings noch nicht hinausgekommen. Es gibt erhebliche Widerstände. Sie kommen vornehmlich, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Motiven, aus den beiden gesellschaftlichen Gruppen, auf die die Generale zur Durchsetzung ihres Vorhabens besonders angewiesen sind: auf die Lehrerschaft und die katholische Kirche, die über ihre Ordensgemeinschaften (als Träger vornehmlich höherer Schulen) und Pfarreien (als Träger von Grundschulen) einen ausgedehnten und noch unersetzlichen Teil des institutionellen Bildungswesens unterhält. Perus Lehrer sind nach ihrem bisherigen Ausbildungsstand, ihrem sozialen Ansehen und ihren Gehaltsstufen in der akademischen Unterschicht angesiedelt. Dementsprechend haben sie sich gewerkschaftlich organisiert. Ihre ursprüngliche „Federación Nacional de Educadores del Perú“ (FENEP) gehört zur kommunistisch gelenkten CGTP. Sie folgt dem Stillhaltekurs der dort bestimmten Partei, die nach Moskaus Weisungen die Militärregierung unterstützt. Als die FENEP 1971 ihren Mitgliedern die Teilnahme an einem nationalen Lehrerstreik um bessere Gehälter und Sozialleistungen untersagte, kam es zur Spaltung. Anhänger der APRA und linksradikale Gruppierungen verschiedener Schattierungen verließen die Mehrheitsorganisation der Lehrer und gründeten das Sindicato Unico de Trabajadores de la Educación del Perú (SUTEP). SUTEP ist bis heute vom Erziehungsministerium nicht anerkannt. Über deren Mitgliederstärke liegen keine Zahlen vor. Die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Lehrer aller Schul- und Hochschulgattungen soll aber inzwischen durch SUTEP repräsentiert sein (DESCO, a. a. O.). Auf ihrem ersten nationalen Kongreß im Oktober 1974 formulierten die rund tausend Delegierten eine grundsätzliche Kampfansage gegen die Mili-

tärregierung und deren Bildungsreform. SUTEP, die sich danach der chinesischen „Avantgarde der Weltrevolution“ zugehörig weiß und in der Militärregierung eine „politische und wirtschaftliche Macht der Kapital- und Industriellen-Bourgeoisie“ erblickt, weigert sich, „Schüler und Volk ideologisch zu deformieren“ und für „die Politik der Ausbeuterklassen . . . gehorsame Staatsbürger heranzubilden“ (SUTEP-Kongreßkommuniké und Brief an die Basisorganisationen, Oktober 1974).

Von einem anderen Standort aus hat die *Bischöfliche Kommission für Erziehungsfragen* Kritik an der Bildungsreform geübt, vor allem an dem dazu gehörigen Lehrer-gesetz, das im August des Vorjahres veröffentlicht wurde. Hier wird allerdings kein grundsätzlicher Widerspruch zur Revolutionsregierung laut. Die Kirche hat bisher deren Strukturreformen bejaht und deren Grundsätze ausdrücklich verteidigt (Dokument der Peruanischen Bischofskonferenz zur römischen Bischofssynode 1971 zum Thema Gerechtigkeit in der Welt, Dokument der Bischöflichen Kommission für Sozialarbeit über das Soziale Eigentum, 1973). Sie bestreitet der Regierung auch nicht, daß eine grundlegende Bildungsreform unerläßlich ist. Sie möchte darin aber nicht nur den Platz des privaten katholischen Schulwesens gesichert sehen, sondern auch die in der Verfassung garantierte Freiheit für Eltern und Lehrer, die Grundsätze der Erziehung selbst zu bestimmen. Der Pluralismus, der in der Verfassung und im Plan Inka garantiert wird, ist nach Meinung der Bischöflichen Kommission für Erziehungsfragen verletzt, wenn vom Lehrer „Übereinstimmung mit der peruanischen Revolution gefordert wird, die er als freier Bürger ganz oder teilweise ablehnen oder bejahen kann . . . Keineswegs ist zulässig, daß man sie (die Lehrer) zwangsweise zur Übereinstimmung mit einer bestimmten Ideologie verpflichtet.“ Damit sei die *Gewissensfreiheit* gefährdet. Die Bischöfliche Kommission sieht im Lehrer-gesetz sogar Tendenzen zu einem totalitären Regime.

Trotz der grundsätzlichen Berechtigung solcher Vorbehalte ist der Militärregierung allerdings schwer nachzuweisen, daß sie eine bestimmte Ideologie verfolge. Auch die Bildungsreform und die damit zusammenhängenden Gesetze lassen keine einseitige weltanschauliche oder parteipolitische Ausrichtung erkennen, was natürlich nicht heißt, daß die Militärs gegen totalitäre Neigungen gefeit sind. Trotzdem dürfte auch die Gefährdung der eigenen Position der Kirche im Schulbereich ein starkes Motiv kirchlichen Widerstandes sein. Denn bei allen anderen Reformen der Regierung Velasco hatten bischöfliche Verlautbarungen eine mehr oder minder große Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Soziallehre festgestellt.

Von ihnen war die Kirche aber nie unmittelbar betroffen. Sie verfügte über keinen Großgrundbesitz, der in die Agrarreform hätte einbezogen werden können; sie hatte keine Medien, die unter die Bestimmungen der Presse-reform gefallen wären; sie besaß keine Fabriken, deren

Eigentümer bei der Industriereform Einbußen erlitten. So war es für die Bischofskonferenz nicht allzuschwer, sich an der Seite der derzeitigen Machthaber als Gewissen der Nation auszuweisen. Die Bildungsreform aber greift auf ein Gebiet über, in dem die Kirche selbst stark präsent ist. Bestimmend im katholischen Schulwesen sind fachlich und materiell gut ausgerüstete höhere Schulen, eingerichtet und getragen von Ordensgemeinschaften ausländischer Herkunft. Auf diesen Schulen wurde und wird noch mehrheitlich der Nachwuchs der finanzkräftigen Minderheit der peruanischen Gesellschaft erzogen. Sie ist der Revolutionsregierung natürlich nicht wohl gesonnen, und sie haben auch den Bischöfen ihre Meinungsäußerungen zugunsten der „Revolution“ verübelt, ihren Widerspruch zum Teil auch mit Denunziationen in Rom und mit der Drosselung finanzieller Unterstützung für kirchliche Werke bekräftigt.

Kommt die militärische Einheitspartei?

Nun, so scheint es, sehen diese Schichten neue Chancen, die Kirchenführung wieder deutlicher auf einen „antirevolutionären“ Kurs zu bringen. Nach einer relativ langen Schonfrist für die Entwicklung des peruanischen

Modells mehren sich nun für die Revolution der Militärs die inneren und äußeren Bedrohungen. Je mehr sie von ihren Zielvorstellungen verwirklichen, desto ernster wird auch der Widerstand gegen die letzte Regierung in Lateinamerika, für die Befreiung und Gerechtigkeit mehr als ein verbales Pflichtsoll auf internationalen Konferenzen ist. Zugute kommt solchem Widerstand, der in den Nachbarländern Bolivien und Chile heute wieder regiert, daß Perus Generäle es noch nicht verstanden, ihre „Befreiung auf Befehl“ in einer starken Volksbewegung zu verankern. Die fehlende Massenbasis soll nun anstelle des erfolglosen SINAMOS eine eigene Partei der Militärregierung schaffen. Zur Vorbereitung ihrer Gründung ist nach den Februarereignissen eine Kommission gebildet worden. Als wichtigstes Merkmal der Partei nannte General Velasco die Mitbestimmungsidee, jene „participación“, die bereits die neuen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Organisationsformen kennzeichnet. Bisher sind dort die Ergebnisse bescheiden. Nur wenige Peruaner verstehen es, die geschenkten neuen Rechte auch im eigenen Interesse wahrzunehmen. Nach solchen Erfahrungen sind auch die politischen Chancen einer militärischen Einheitspartei in einem noch relativ freiheitlichen Rahmen gering.

Hildegard Lünig

Kurzinformationen

Vom 7. bis 8. März tagte in Bonn-Bad Godesberg die **Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken**. Sie wurde eröffnet durch einen Lagebericht ihres Präsidenten, Kultusminister Bernhard Vogel, sowie durch den Jahresbericht des Generalsekretärs, Friedrich Kronenberg. Vogel begrüßte ausdrücklich die *Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Fristenregelung*, kam aber auch auf andere aktuelle Fragen, wie die ernste Lage der Kirche in den Ländern Ost- und Mitteleuropas, die sich verschärfende *Arbeitslosigkeit* und den glimpflichen Abschluß des Verfahrens gegen Prof. Küng, zu sprechen. Für Ende 1976 kündigte er einen *Kongreß zu Fragen der Entwicklungspolitik* an, der gemeinsam vom „Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden“ (KAEP) und der evangelischen „Arbeitsgemeinschaft für kirchlichen Entwicklungsdienst“ (AGKED) durchgeführt werden soll. — In einer *Stellungnahme zur Änderung des Ehe- und Ehescheidungsrechts* machte sich die Vollversammlung mit geringfügigen Modifikationen bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung die Feststellung des geschäftsführenden Ausschusses vom 24. 1. 75 zu eigen, daß die von der sozial-liberalen Mehrheit im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages durchgesetzte Form des Zerrüttungsprinzips „ungerecht, unsozial und unliberal“ ist. Das Zentralkomitee fordert zum wiederholten Male ein Eherecht, das von

dem Grundsatz der Ehe auf Lebenszeit ausgeht, und ein Scheidungsrecht, das nicht die Behauptung des einen Ehegatten, die Ehe sei gescheitert, sondern ausschließlich die objektiv unheilbare Zerrüttung der Ehe als Scheidungsgrund anerkennt, so daß die Dauer der Trennung zwar juristisch eine Vermutung für das Scheitern der Ehe ist, die aber für den Ehegatten, der an der Ehe festhalten will, widerlegbar sein muß. Ferner wurde eine umfassende Härteklausele gefordert. — Als Gast der Vollversammlung sprach der Vorsitzende der bischöflichen Kommission für Laienfragen, Bischof Franz Hengsbach (Essen), über die „Aufgabe des Zentralkomitees der deutschen Katholiken“. Er plädierte für eine *Zusammenarbeit mit der Bischofskonferenz*, für die es in Gestalt der geplanten „Gemeinsamen Konferenz“ demnächst einen konkreten Rahmen geben soll. Kommunikationen und Kooperationen würden aber die jeweilige Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der beiden Gremien nicht antasten, was dadurch zum Ausdruck gebracht würde, daß es keinen „klassischen“ Vorsitzenden in der gemeinsamen Konferenz geben werde. — Nach dem neuen Statut war die *Bildung von Kommissionen* des Zentralkomitees notwendig geworden. Die Vollversammlung beschloß Aufgabenteilung und Zusammensetzung der Kommissionen (K 1: Politik, Verfassung, Recht; K 2: Wirtschaft und Gesellschaft; K 3: Bildung